

Jetzt erst recht!

Nach der EU-Wahl: Position und Forderungen des Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB

Stuttgart. Mit großer Sorge blickt der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) auf die Ergebnisse der EU-Wahl. Die Wahlen zum Europäischen Parlament bedeuten einen klaren Rechtsruck. Der DEAB engagiert sich seit fast 50 Jahren für eine offene Gesellschaft, für weltweite Solidarität und globale Gerechtigkeit. Das sind Werte, die den Zielen rechter Parteien diametral entgegenstehen.

„Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir wenden uns gegen gruppenbezogene Diskriminierungen und Rassismus jeder Art. Und wir sind fest davon überzeugt, dass wir nur gemeinsam und solidarisch weltweite Probleme wie Klimakrise und globale Ungerechtigkeiten bewältigen können. Demokratiefeindliche Kräfte verhindern dies und verschärfen die Probleme“, so Gabriele Radeke, Geschäftsführerin des DEAB.

„Zahlreiche junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren haben rechts gewählt. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 möchten wir insbesondere junge Menschen auf unserem Weg mitnehmen. Unsere Expert*innen des **Globalen Lernens und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)** machen in Schulen, Kitas, Jugendgruppen und außerschulischen Bildungsorten globale Zusammenhänge begreifbar und motivieren, aktiv für eine gerechte Welt einzutreten. Wir planen, dieses Engagement im kommenden Jahr zu verstärken“, betont Mirjam Hitzelberger, DEAB.

Der DEAB engagiert sich für eine Landespolitik, die Verantwortung übernimmt für globale Gerechtigkeit und eine weltweit nachhaltige Entwicklung. Kommunen und Ortschaftsräte fordert der DEAB auf, aktiv zu werden.

Forderungen des DEAB

Baden-Württemberg bekennt sich in seiner **Bildungspolitik** zu den Leitperspektiven „Nachhaltige Entwicklung“ und „Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ sowie zu Verbraucher- und Demokratiebildung. Der DEAB möchte die Kommunen unterstützen, bürgerschaftliches Engagement für die Eine Welt und für Nachhaltigkeit zu fördern. Insbesondere sollte es in der Verwaltung eine feste Ansprechstelle dafür geben. Außerdem sollte das Entstehen von Globalen Klassenzimmern, Welthäusern, Repair-Cafés und ähnlichen Initiativen gefördert werden, um das Engagement der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Migrantische Teilhabe muss gestärkt werden. Der Anteil von Menschen mit internationaler Geschichte ist in politischen Gremien vielerorts sehr gering, teils wegen fehlender Ansprache, sich zu beteiligen, teils wegen fehlendem Wahlrecht. Dabei können Menschen mit Migrationsgeschichte das landesweite Engagement für Nachhaltige Entwicklung bereichern, denn sie bringen die globale Perspektive durch ihre persönliche Lebensgeschichte ein. Der DEAB fordert die Politiker*innen auf, die Teilhabe von Menschen mit internationaler Geschichte in der Politik zu stärken, um die globale Perspektive im Engagement für nachhaltige Entwicklung einzubinden. Zukünftig soll bei der Erstellung

von Wahllisten darauf geachtet werden, dass neben Geschlechterparität auch die Repräsentanz hier lebender Migrantinnen und Migranten sowie Menschen aller Altersgruppen berücksichtigt werden.

Kontakt:

Gabriele Radeke
Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB)
Vogelsangstr. 62
70197 Stuttgart
gabriele.radeke@deab.de
Tel: 0711.6648 7328

Das ist der DEAB

*179 entwicklungspolitische Organisationen und Netzwerke in Baden-Württemberg, insgesamt über 400 Gruppen und Organisationen, bilden den Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB). Zentrale Aufgaben des 1975 gegründeten Dachverbands sind die Förderung seiner Mitglieder und die politische Vertretung ihrer Anliegen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Der DEAB ist Herausgeber des Journals Südzeit und Träger des Eine Welt-Promotor*innen-Programms sowie des Interkulturellen Promotor*innen-Programms. Information: www.deab.de*